

Kammerer Zeitung

Amstisches Anzeigenblatt für Damen.
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Diamant-
zeile 500.— Mark, bei lokalen Anzeigen 400.— Mark. Bei
Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe
unserer Inserationsbedingungen. Notationsdruck und Verlag
der Kammerer Zeitung G. m. b. H. in Bremen. Geschäftsstelle:
Bremen, Weststraße 10. Fernsprecher 1.

Volksfreund für Bremen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
50 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Geheimt täglich.
Monatlicher Bezugspreis 80000 Mk., durch die Post laut Be-
stimmung. Falls wir in der Herausgabe od. Verteilung
der Zeitung gehindert sind, hat der Besteller keinen Anspruch
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: H. Schubert, Bremen.

Nr. 182

Dienstag, den 7. August 1923

51. Jahrgang.

Das belgische Graubuch zur Reparationsfrage.

Das belgische Kabinett wird demnächst das Graubuch veröffentlichen und in diesem werden auch die beiden offiziell besprochenen technischen Studien enthalten sein, die seinerseits in den alliierten Hauptstädten als Grundlage zu einer Besprechung über die Reparationsfrage übergeben worden sind. Nach Mitteilungen aus wohlinformierten Kreisen erfährt man nunmehr bereits den etwaigen Inhalt dieser Studien. Sie zerfallen in drei Einzelstudien. Die erste beschäftigt sich mit einer Reihe deutscher Einnahmequellen, die für die Sicherung einer deutschen Jahresleistung benutzt werden können. Diese erste Studie wird folgende Fragen auf: Welches Ergebnis kann man nach einer eventuell kurzen Periode zum Ausgleich der Währung und des Jahreshaushalts erwarten, und zwar erstens von der sachlichen Erweiterung der deutschen Eisenbahnen, zweitens von der Ausnutzung gewisser Verbrauchsmonopole, drittens aus den Kohlenlieferungen. Hinsichtlich der Eisenbahnen stellen die belgischen Sachverständigen fest, daß die deutschen Eisenbahntarife in ihren Erhöhungen niemals mit der Entwertung der Mark gleichen Schritt gehalten haben, und daß die Ausgaben für die Eisenbahnen in unrationeller Weise vielfach übertrieben worden sind, sowie daß man also bei einer Verringerung der Ertragsfähigkeit der deutschen Eisenbahnen von dem Vorkriegszustand und nicht von dem augenblicklichen Haushalt auszugehen habe. Sie kommt zu dem Schluß, daß die deutsche Regierung die Ausbeutung der deutschen Eisenbahnen gegen einen jährlichen Gegenwert von 1 Milliarde Goldmark verpacken könne. Die Verbrauchsmonopole, die alsdann ins Auge gefaßt werden können, können in folgender Weise etwa verpackt werden: Tabak 450 Millionen Goldmark, Bier 200 Millionen Goldmark, nicht-muffierende Weine 50 Millionen Goldmark, Schaumweine 5 Millionen Goldmark, Alkohol 800 Millionen Goldmark, Zucker 130 Millionen Goldmark, Holz 70 Millionen Goldmark, Streichhölzer und Glühkörper 20 Millionen Goldmark, d. h. insgesamt 1 Milliarde 530 Millionen Goldmark. Das Kapitel über die Kohlenlieferungen endet mit der Schlußfolgerung, daß auf Grundlage der für die deutsche Kohle während der letzten drei Jahre gehandhabten Preise, die im übrigen nicht teuer waren, der jährliche Wert der Kohlenlieferungen 340 Millionen Goldmark betragen würde, der als ein Minimum anzusehen ist. Wenn man die in dieser ersten Studie ins Auge gefaßten Einnahmequellen zusammenfaßt, kommt man zu einer Gesamtsumme von zwei Milliarden 870 Millionen Goldmark. Diese Summe könnte eventuell, da nach belgischer Auffassung die genannten Abschätzungen auf einer vorsichtigen Basis vorgenommen worden sind, noch erhöht werden.

Die zweite Studie schlägt vor, zugunsten der Wiedergutmachungskasse Anteile an den deutschen industriellen Unternehmungen auszugeben, welche 25 v. H. des Reingewinns, den diese Unternehmungen erzielen, einzuflehen berechnen. Unter Voraussetzung einer Stabilisierung der Mark und einer verhältnismäßigen Wiederschließung des deutschen Wirtschaftskreislaufs, die man als eine natürliche Folge der Regelung der Reparationsfrage ansieht, nehmen die belgischen Dokumente an, daß diese Teilnahme der Alliierten an den Aktiengesellschaften allein 250 Millionen Goldmark jährlich ergeben würde.

Die dritte Studie untersucht die Gesamtfinanzgarantie und zwar zunächst, welches die Gesamtsummen und Ausgaben des Deutschen Reiches in den Monaten April, Mai und Juni 1923 waren, Monate, während deren der Wert der Mark sich nicht stark geändert hat. Das ergibt einen Ueberschuß von etwa 27 Milliarden Papiermark. Während der gleichen Periode haben die durch die erste und zweite Studie untersuchten Einnahmequellen nicht mehr ergeben als 13,3 Prozent der Gesamtsumme. Der Bericht geht dann darauf aus, nachzuweisen, daß in dieser Epoche, in der die Mark verhältnismäßig stabil war, trotz der Verwertung der oben angegebenen Einnahmequellen für die Reparationen theoretisch gesehen, ein Ueberschuß der deutschen Einnahme von etwa 1 Milliarde Goldmark vorhanden gewesen seien. Hieraus wird der Schluß gezogen, daß bei einer normalen Finanzlage die oben genannten Einnahmen ohne schwere Unzulänglichkeiten dem deutschen Staatshaushalt entzogen werden können.

Eine deutsche und eine französische Äußerung zur Ruhraktion.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Hilferding hat einem Berichterstatter der *Revue Nouvelle* eine Unterredung gewährt. Hilferding sagte: Es kann so lange von

einem Einverständnis nicht gesprochen werden, solange die Ruhrbesetzung nicht ein Druckmittel sein wird, um Zahlungen zu erlangen, sondern solange sie eine ständige Bedrohung mehr oder weniger wirksamer Operation ist, durch die man die Verfüllung des Deutschen Reiches erzielen will. Im weiteren Verlauf der Unterredung erklärte Hilferding, Deutschland wolle und könne 30 Milliarden in Goldmark zahlen. Das sei aber das Meiste, was man erwarten könne, und er warf Frankreich vor, daß es selbst liberalen Regierungen, die sich mit ihm hätten verständigen wollen, es unmöglich gemacht habe, mit ihm zu verhandeln, weil der Bestand des Reiches fortgesetzt bedroht gewesen sei. Hilferding warnte das französische Volk darauf zu rechnen, daß baldigst eine Katastrophe in Deutschland eintrete. Die jetzt in der Ausführung begriffene Finanzreform werde es ermöglichen, noch lange durchzuhalten. Der sozialdemokratische Abgeordnete gibt schließlich Frankreich den Rat, es möge es Deutschland ermöglichen, sich einzufinden und allein um seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu kümmern, ohne daß es durch andere Dinge beunruhigt werde. Deutschland wünsche, daß Frankreich den Sicherheitsvertrag erlange, den England und Amerika ihm vorgeschlagen hätten.

Professor Dangevin von der Sorbonne, der der französischen Liga für Menschenrechte angehört, und der kürzlich auf Einladung des deutschen Friedensbundes in Berlin weilte, hat einem Vertreter der „Humanité“ erklärt, die ganze Erbitterung habe sich in Deutschland gegen Frankreich gerichtet, besonders bei dem Mittelstand und den intellektuellen Kreisen. Heute werde sich ein großer Teil der Bevölkerung dem Nationalismus in die Arme. Deutschland stehe vielmehr ungedacht seiner feindlichen Ruhe vor einer Katastrophe. Die durch die Wirtschaftskrise erhöhte Erregung werde noch verstärkt angefaßt der Ausbeutungen im Saargebiet, im Rheinland und im Ruhrgebiet. Der Aufenthalt der Ausgewiesenen im unbesetzten Deutschland trage noch mehr zur Erregung bei. Die Verwendung schwarzer Truppen bei gewissen Ausbeutungen stärke dieses Empfinden. Dangevin erklärte weiter, er habe leider feststellen müssen, wie offensichtlich gerade auch das Glend in Berlin und die Erregung der Bevölkerung gegenüber Frankreich sei.

Ein Appell an das Weltgewissen und das Urteil der Welt.

Der Daily Telegraph sagt, bei der ersten Prüfung könne die Erklärung der englischen Regierung den Eindruck erwecken, daß sie die Angelegenheit nicht weiterbringe. Der Erste Minister erklärte nur, daß er den Notenwechsel zu veröffentlichen beabsichtige. Aber der Ton der kurzen und vorsichtigen Erwähnung des Meinungsaustauschs war mehr ein wertloses Spiel als ein ernstes. Man könne zwischen den Zeiten den Entschluß erkennen, den Dingen nicht weiter freien Lauf zu lassen. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt, die Regierungserklärung habe die Veröffentlichung der Schriftstücke angekündigt, die einen kraftvollen Appell an das Weltgewissen bedeuten werde. Nach Ansicht verschiedener Verbündeten (die italienische Note ging in London ein, und ein Telegramm aus Tokio kündigte die zustimmende Erklärung der japanischen Regierung an), der Vereinten Staaten und der neutralen Welt sei dies kaum zweifelhaft. Auch die letzten Äußerungen der skandinavischen Presse stellten eine bedeutende Unterstützung der englischen Politik in Aussicht. Überall werde die Bereitwilligkeit, womit die engl. Regierung sich bemühte, ein Uebereinkommen mit Frankreich zu erreichen, geschätzt werden. Diese Bereitschaft werde noch zunehmen, wenn der unangenehme Ton der französischen Regierung entfällt werde. Die öffentliche Meinung der Welt werde auch verstehen, warum die englische Regierung anderten mußte, daß England jetzt die Grenze der Zugeständnisse erreicht. Die englische Regierung werde sich auch in Zukunft das Recht vorbehalten, ihre Mitteilungen sofort nach ihrer Ueberzeugung zu veröffentlichen. Die englischen Politiker könnten sich ruhig das Urteil der Welt über die Politik abwarten. Dabei handle es sich nur um ein paar Tage. Danach werde sich die Regierung zu entscheiden haben, ob sie sich für eine internationale Sachverständigenkonferenz und Einberufung einer internationalen Konferenz für den europäischen Wiederaufbau erklären oder sich an den Völkerverbund wenden solle. Das letztere Verfahren würde vorzuziehen sein, denn ein Appell an den Völkerverbund könne leicht zur Auflösung des letzteren führen.

Ein Hund, der wohl bellt, aber nicht beißt.

Das Lloyd George nahestehende Daily Chronicle richtet einen scharfen Angriff gegen das Kabinett Baldwin, weil es nicht klar-

gemacht habe, welche politischen Richtlinien es zu befolgen gedente, und sagt unter anderem, über Poincarés Haltung brauche man sich keine Illusionen zu machen. Er bestimme sich nicht im geringsten darum, was Baldwin's Regierung denken oder tun werde. Er betrachte sie als einen Hund, der wohl belle, aber niemals beiße. Auch die Entschädigungen seien ihm gleichgültig, denn wenn man von einem Schuldner bezahle sein wolle, würde man nicht sein Haus in Brand setzen und die Einrichtung zerstören. Poincaré sitze im Ruhrgebiet und gebe, dort zu bleiben. Je länger dies dauere, um so schlechter werde die Lage der übrigen Länder werden. Poincaré befinde sich also in einer glänzenden strategischen Stellung und werde diese nicht aufgeben. Hoffentlich werde Baldwin nicht so lange unentschlossen zögern, bis die Zeit alle Fragen zugunsten Englands entschieden haben werde.

Nachrichten aus dem besetzten Gebiet.

Am Sonntag vormittag ist in Dortmund an dem Hause Friedensstraße 13, in dem sich das Büro des franz. Inf.-Regts 149 befindet, ein Sprengkörper gefunden worden. Ein ähnlicher Fund wurde in dem Garten des Hauses Südwahl 23, in dem General Douchy seine Wohnung aufgeschlagen hat, gemacht. Die von deutscher wie von französischer Seite sofort eingeleiteten Untersuchungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. — Oberstudienrat Professor Dr. Wendorff, Magistratsrat Max Wichhoff in Dortmund, die von den Franzosen als Geiseln für die von der deutschen Regierung festgehaltenen drei Franzosen festgenommen worden waren, wurden ausgewiesen.

Zum Düsseldorf'schen Handgranaten-Attentat meldet die Woll. Ztg. ergänzend, Samstag abend gegen 7 Uhr, während des Durchmarsches einer französischen Abteilung, die mit klingendem Spiel durch die Königsallee zog, wurde von einem Deutschen eine Handgranate gegen die Spitze des Zuges geworfen. Durch die Explosion wurden drei Soldaten und sechs Zivilisten verletzt, darunter drei Soldaten und zwei Deutsche schwer. Der Täter, der Maschinenführer Mahe, der nach französischer Behauptung dem Jungdeutschen Orden angehört, wurde ergriffen und nach dem Hauptquartier im Stabslokal gebracht. Der Chef der kommunalen Polizei wurde verhaftet und über Düsseldorf der verschärfte Verwahrungszustand verhängt. Restaurants und Kaffees müssen auf Anordnung der Besatzungsbehörde um 10 Uhr abends schließen. Der Straßenverkehr wird von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens unterbunden.

Der Gemeinde Rat ist durch Befehl des Oberkommandierenden der französischen Besatzungsarmee General Depoutte wegen der Ermordung eines belgischen Soldaten in Siedingmühle eine Geldbuße von 50 000 franz. Frank aufgelegt worden. Die Zahlung der Buße hat bis zum 21. August zu erfolgen. Falls die Zahlung nicht geschieht, werden für die Dauer der Nichtzahlung in Kraft genommen: Gemeindevorsteher Mehl, Beigeordneter Hoffmann und Vertreter Gasse, Wodum.

Von den Franzosen wurden die Krupp'sche u. Behn & Hannover I. und II. bei Mannigfeld durch eine Infanterieabteilung besetzt. Eine sofort zusammengetretene Belegschaftsversammlung beschloß, in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten.

Gnadengesuche für Codesurteile.

Präsident Millerand hat gestern den Rechtsanwält Bünkel aus Trier, einen der Verteidiger der am 28. Juni vom französischen Kriegsgericht in Mainz wegen Sabotage zum Tode verurteilten sieben Deutschen empfangen. Dr. Bünkel hat dem Präsidenten in seiner Eigenschaft als Rechtsvertreter der Verurteilten die von diesen und von ihren Verteidigern eingereichten Gnadengesuche erläutert. In derselben Sache hat der Abgeordnete Erkelenz früher den französischen Radikalen Herriot in einem Schreiben gebeten, sich für die Begnadigung der in Aachen und Mainz von den französischen und belgischen Kriegsgerichten zum Tode verurteilten Deutschen zu verwenden. Wie die Morgenblätter aus Lyon melden, unterbreitete Herriot, der von der Auffassung ausgeht, daß die Strafe sich nur mit Unterstützung der deutschen demokratischen Parteien regeln lasse, diesen Brief Poincaré.

Zum 11. August.

Durch eine Verfügung des preussischen Ministers des Innern sind die Oberpräsidenten und der Polizeipräsident von Berlin, wie der preussische Pressedienst meldet, ermächtigt worden, für Verhandlungen unter freiem Himmel und Umzüge, die für den 11. August geplant sind, Ausnahmen vom Versammlungsverbot zuzu-

lassen unter der Voraussetzung, daß jede Durchführung der Versammlungen über den Zweck der Veranstaltung ausgeschlossen ist und keinerlei Demonstrationen für andere Wünsche oder Ziele mit den Versammlungen oder Kundgebungen verknüpft werden.

Die neuen Beamtengehälter.

Die Neuverteilung der Beamtengehälter brachte eine wesentliche Erhöhung der Bezüge. Zu den Grundgehältern und Ortszuschlägen kommen für August 548 Prozent Sonderzuschlag und 1760 Prozent Leistungszuschlag, die in den folgenden Zahlen enthalten sind:

		Anfangsgehalt	
Gruppe	August	August	Juli
1	9 139 680 Mk.	3 236 320 Mk.	
2	9 900 320 "	3 397 680 "	
3	11 078 400 "	3 801 600 "	
4	12 163 160 "	4 173 840 "	
5	13 994 160 "	4 767 840 "	
6	15 763 640 "	5 469 860 "	
7	18 002 400 "	6 177 600 "	
8	20 171 920 "	6 922 080 "	
9	22 684 560 "	7 777 440 "	
10	25 915 000 "	8 910 000 "	
11	29 473 160 "	10 113 840 "	
12	34 227 640 "	11 745 360 "	
13	40 159 200 "	13 780 000 "	
G. G.	55 392 000 "	19 008 000 "	

Dazu kommen: 1. Mill. Frauengulage, Besatzungszulage 560 000 Mk., Kindergeld 1—6 Jahre 1 446 400 Mk., 7—16 Jahre 2 077 200 Mk., 16—21 Jahre 2 308 000 Mk.

In Zahlungsschwierigkeiten.

Nach einer Mitternachtung aus Hamburg ist die Getreidefirma Thies u. Stege in Stade mit einer Zweigabteilung in Hamburg in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiven werden auf etwa 250 bis 300 Millionen Mark beziffert, denen nur unbedeutende Aktiven gegenüberstehen sollen. Die Zahlungsschwierigkeiten sind auf Bilanzverluste in Getreide- und Futtermitteln zurückzuführen. Laut B. Z. ist fast der gesamte Hamburger Getreidehandel beteiligt.

Die Folgen des Warenmangels.

Delegierte und Anhänger Großhändler Firmen haben eine Veranlassung des Einzelhandels veranstaltet, in welcher beschlossen wurde, wegen der Unmöglichkeit ausreichender Versorgung in Folge vergeblicher behördlicher Maßnahmen gegenüber dem Einzelhandel, die Geschäfte des Großhändler Einzelhandels am Donnerstag den 8. August geschlossen zu halten, und die Verkaufszeit vom 10. Aug. ab von 11—5 Uhr zu beschränken. Für den Lebensmittelhandel soll die beschränkte Verkaufszeit von 9—12 Uhr vormittags und von 4—7 Uhr nachm. festgelegt werden.

Die Lebensmittelknappheit und die Deuerung haben in Wessbaden zu Ausschreitungen geführt. Lebensmittel- und Fleischwarengeschäfte wurden gestürmt. Polizei und Ordner der sog. Partei stellten die Ordnung wieder her.

Kleine Nachrichten.

Die Tagesproduktion an Pantalon, die täglich auf vier Millionen zuletzt gesteigert worden war, soll spätestens vom nächsten Donnerstag ab, auf 8 Millionen täglich gesteigert werden.

Die Uebereinstimmung unter den Angestellten der Berliner Metallindustrie hat die für den Streik erforderliche Mehrheit ergeben.

In Dresden kam es, nach Auflösung einer Erwerbslosen-Demonstration zu einem Zusammenstoß zwischen einem Trupp junger Burischen, der in eine Schantwirtschaft eindringen wollte und mit einigen anderen, die in drei Kaffees eine große Anzahl Femterscheiben zertrümmert hatten. Gegen 11 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. 2 Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe und Stockschläge verletzt. 8 Demonstranten wurden verhaftet.

Reichskanzler Dr. Cuno wird voraussichtlich in der Reichstagskammer am Mittwoch über die Lage sprechen.

Der liberale Abgeordnete Fortkühne ist als Nachfolger von Debenze zum belgischen Kriegsminister ernannt worden.

In Düsseldorf wurde eine mit Dorten sympathisierende Sonderbündlerpartei gebildet, welche Verhandlungen mit dem Ausland zur Schaffung einer rheinischen Republik anstrebt. Führer sind Rechtsanwalt Hoff, u. ein abgedankter Hauptmann v. Meyen. Eine von den Anhängern veranstaltete Versammlung nahm einen feierlichen Verlauf.

Zwischen dem ungarischen Komministenführer Dr. Wittke und dem Chefredakteur Dr. Gerst fand ein Duell statt, bei dem beide leichte Verletzungen erlitten.

Westfalen und Rheinland.

Ramen, 7. August. (Verschiedenes.) In der 27. Jahreswoche vom 8.—14. Juli sind in Kreise Hamm (Stadt und Land) folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Gelbsucht 1 (Kaiserau), Dungen- und Kehlkopfentzündung 4 (Todesfälle: Heeren, Peltum, Wendenberg, Süßmann), Gichtstarre 1 (Todesfall: Kaiserau). — Im ganzen Regierungsbezirk betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 22, Genickstarre 2 (3), Kindbettfieber 7 (3), Ruhr 6, Dungen- und Kehlkopfentzündung (63), Scharlach 18, Unterleibstypus 27 (1), Paratyphus 6, Schlafkrankheit 1 (1), Grippe (1).

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Montag = 1 645 875—1 654 125, das englische Pfund = 7481 250—7 518 750, der holländische Gulden = 643 875—646 612, der schweizerische Franc = 293 265—294 735 Mt. Das neue plötzliche Steigen des Dollars war eine Folge des wieder aufgenommenen freien Devisenhandels.

(Verfassungsfeier.) Versammlungen unter freiem Himmel, gleich welcher Art, dürfen z. B. nicht stattfinden. Deshalb wird auch die Verfassungsfeier in Ramen nicht auf dem Markte, sondern im Saale des Herrn Reinhard (Schützenhof) stattfinden und zwar am Samstag, den 11. August um 6 Uhr beginnend. Es wird jetzt schon darauf aufmerksam gemacht, daß durch allseitiges freundliches Entgegenkommen manches Schöne und Gute geboten werden wird. Der Hofamtschor und der Bund der Männergesangsvereine haben ihre Mitwirkung zugesagt, auch wird Herr Lotte Jacob durch den Vortrag einiger schöner Lieder erfreuen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Kinder haben keinen Zutritt. Die Behörden werden am Sonntag die Reichsflagge und die preussische Flagge hissen. Die Bürgerwehr wird gebeten, der Bedeutung des Tages entsprechend, auch ihrerseits in „Schwarz-Rot-Gold“ und „Schwarz-Weiß“ zu flaggen.

(Werkers Erhöhung der Verpreise.) Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien macht im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer die ab 5. August geltenden Bierpreise bekannt, die eine Steigerung um 1,3 Millionen fassen.

(Lernen Ingenieur Lehrlinge einfallen?) Vor dem Schöffengericht in Solingen hatte sich ein Ingenieur zu verantworten, der in seinem Geschäft einige Lehrlinge eingestellt hatte. Er glaubte dazu berechtigt zu sein, da er auf einer technischen Schule seine Abgangsprüfung bestand. Das Gericht war jedoch der Meinung, daß die Einstellung von Lehrlingen nur Handwerkern gestattet sei, die vor der Handwerkskammer ihre Meisterprüfung gemacht haben und beurlaubte den Ingenieur zu einer Geldstrafe.

(Überleben, 7. Aug. (Unfälle etc.)) Durch Steinfall aus dem Hangenben verunglückte am Freitag auf der Heide Viktoria in einem der Bergmann Friedrich Ströber von hier.

(Effen, 6. Aug. Die Straßlage im Bergbau hat sich etwas gebessert.) In Ruhrbezirken ist es bisher nirgends gekommen. In Oberhausen, Gelsenkirchen, Buer und Bottrop wird überall gearbeitet. Im Bezirk Gabel wurde die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen. In Mülheim hat der Streik auf die Heide „Romburg“ übergegriffen. Im Bezirk Recklinghausen verharren die Bergleute in passiver Resistenz. Die Arbeit auf der Gutehoffnungshütte in Oberhausen ist wieder aufgenommen worden, nachdem zwischen der Aktion und dem Betriebsrat eine Vereinbarung abgeschlossen wurde, in der sich die Aktion bereit erklärt, eine Nachzahlung für die zweite Juli-Hälfte und eine Abkühlungsleistung zur Auszahlung zu bringen. Es erhalten Bergleute über 21 Jahre 3 Millionen Mark, welche über 21 Jahre 2½ Millionen, von 18 bis 21 Jahren 2 Millionen, von 16 bis 18 Jahren 1½ Millionen Mark und von 14 bis 16 Jahren 1 Million Mark.

(Effen, 6. August. (Ein Tot-ergläubter, der Hochzeit feiert.) Wegen Doppelheirat verurteilt. Der Mann Johann Rathay aus Schonnebeck hatte sich vor der Essener Strafkammer unter der Anklage der Doppelheirat zu verantworten. Der Angeklagte, der aus dem Osten stammt, wurde bei Ausbruch des Krieges zu den Waffen eingezogen. Er wohnte damals in Ahrweiler. Er machte den Feldzug bis zum Ende mit und war gegen Schluß des Krieges noch einmal zu Besuch bei seiner Familie. Dann hörte und sah man nichts mehr von ihm. Im Laufe der Nachkriegszeit, als alle Nachforschungen der Frau nach ihrem Ehemann, erfolglos geblieben waren, beantragte die Frau, in der Annahme, der Mann sei im Kriege gefallen, die Todeserklärung. Im Laufe des Verfahrens führte die Spur schließlich in das hiesige Industriegebiet. Es wurde ermittelt, daß der für tot erklärte Ehemann noch am Leben war und als Bergmann auf der Heide Bonifatius in Ahr arbeitete. Er hatte sofort nach Beendigung des Krieges seine Familie im Stich gelassen, war in der Zeit der spärlichsten Antriebe beim Eisenbahnschutz eingetreten und hatte bei Schonnebeck die Eisenbahnanlagen zu bewachen. Bei dieser Gelegenheit hatte er in Schonnebeck eine gewisse Elisabeth Berke kennen gelernt, die er im Oktober 1919 heiratete. Die zweite Frau hatte keine Kenntnis davon, daß der Mann bereits verheiratet war. Die zur Trennung erforderlichen Papiere wußte er sich durch einen raffinierten Trick zu verschaffen, so daß der Standesbeamte getäuscht wurde. Nachdem er eine Zeitlang sorgenlos in seiner zweiten Ehe gelebt hatte, ereilte ihn plötzlich das Schicksal. Der totgeklärte Ehemann wurde wegen Doppelheirat verurteilt. Die Strafkammer billigte dem Angeklagten in der Umstände zu und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis. Sie beschloß außerdem, den Haftbefehl aufzuheben.

(Düsseldorf, 2. Aug. (Todesurteil eines Missetäters.))

In einer Wander-Arena, die in der Anselstraße steht, fand der junge Artist Willi Krull seinen Tod. Er führte, wie allabendlich, seine tollkühnen Vorführungen als „Matrose im Sesturn“ an einem hohen Mast aus. Die Spitze des Mastes brach ab, und der Artist büßte seine Tollkühnheit mit dem Leben.

(Merdingen, 2. Aug. (Um Milliarden beschwindelt.)) Kürzlich waren beim Verlassen des Rheindampfers in Merdingen zwei Eisenbahnbedienstete angehalten worden, denen man 3 Milliarden wegnahm, und die man dann laufen ließ. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich bei diesem Vorgange nicht um eine Beschlagnahme durch die Befugung, sondern um einen großartig angelegten Schwindel. Die angeklagten Kriminalbeamten, die auf eigene Faust die Konfiszierung vornahmen, haben inzwischen das Weite gesucht.

(Köln, 2. Aug. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier auf der Luxemburgerstraße. Ein Motorradfahrer, der seine Braut mit sich führte, wollte einem Auto ausweichen, stürzte und geriet mit seiner Begleiterin unter das Auto. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde das Brautpaar ins Krankenhaus gebracht.

(Bielefeld, 4. Aug. (Raubmord.))** Anfang der vorigen Woche wurde bei Eintritt der Frühschicht der Fabrikarbeiter Kemper blutüberlitten vorgefunden. Wie die Untersuchung ergibt, handelt es sich um einen Raubmord. Dem Ermordeten war die Schädeldede mit einem stumpfen Gegenstand zertrümmert worden. Anschließend fand man den Ermordeten die Uhr und ein größerer Geldbetrag geraubt worden.

(Düren, 2. Aug. (Einbruchdiebstahl.)) Seit etwa acht Tagen sind in Düren und im Kreise Bergheim schwere Einbruchdiebstähle ausgeübt worden, bei denen sehr bedeutende Werte an Silbergegenständen, Taschenuhren, Kandelabern, usw., zum Teil seit Generationen sorgsam gehütete Familiengegenstände, den Einbrechern in die Hände fielen. Wie es heißt, soll es sich bei den Tätern um eine mit den modernsten Werkzeugen ausgestattete Bande handeln, die ihren Raub jedesmal über die belgische Grenze verschoben. Bisher ist es noch nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

Die Bedingungen der Sozialdemokraten.

Als Ergebnis ihrer zweitägigen Aussprache über die innen- und außenpolitische Lage nahm die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Entschließung herbei, die von der Reichsregierung größere außenpolitische Aktivitäten forderte, um zu einer endgültigen Verständigung über das Reparationsproblem zu gelangen. Die Entschließung fordert ferner sofortige Umwandlung des deutschen Steuersystems und Ausbringung der Reparationslasten durch Belastung des Sachbestandes. Die Fraktion machte von der Erfüllung ihrer Forderungen ihrer weiteren politischen Haltung gegenüber der Regierung Guno abhängig. Eine Entschließung Querschnitts, die der Regierung das Mißtrauen auspricht und die große Koalition ablehnt, wurde verworfen.

Wie der Sozialdemokrat meldet, sprach Reichstagspräsident Lohbe an Sonntag in einer von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Massensammlung in Bittau über die politische Lage. Für den Wiederbeginn der Reichstags-Sitzung kündigte er folgende Forderungen der Sozialdemokratischen Partei an: Verzicht einer Verständigung mit Frankreich in Verhandlungswege. Zur Ermöglichung der Verständigungspolitik muß in der inneren Politik durchgegriffen werden eine weitgehende Lastenteilung des Reiches. Es ist durch 1. eine Lohnsteuer in der Höhe wie für Arbeiter und Angestellte. 2. Ersetzung mindestens eines Drittels der Sachwerte zugunsten des Reiches. 3. Verdrückung aller Besitzsteuern. 4. Ersetzung eines Drittels aller Unternehmungssteuern zugunsten des Reiches. Durch die Maßnahmen sei ein Einkommen von jährlich 20 Goldmarken zu erzielen.

Der Ruf nach Einführung einer neuen Goldwährung.

wird immer mehr erhoben. Neuerdings stimmt auch die sozialistische Zeitung ein, indem sie dazu folgende sechs Forderungen stellt: 1. Schärfste Propaganda für die neue Goldwährung und Erklärung, daß sie als Geldmittel zulässig sei.

2. Sogleich nach ihrem Eingang Ausgabe von Goldscheinen.

3. Industrie, Banken und der gesamte Handel werden von einem gewissen Tage an verpflichtet, neben Papiermark auch Goldmark auszugeben und in ein Zehntel Dollarmark auszuweisen. Zur Aufhebung der Schulden und Forderungen auf Hypotheken werden Tageskurse festgesetzt. An diesem Zeitpunkt müssen natürlich Goldanleihe und Goldscheine als Zahlungsmittel ausgabebereit vorliegen.

4. Am nächsten Tage beginnt die Auszahlung der Löhne und Gehälter in ein Zehntel Dollarmark, am besten 10 Mark genannt.

5. Daraus ergibt sich ohne Schwierigkeit die Errechnung sämtlicher Steuern in reiner Goldmark, nicht nur der Verbrauchssteuern, sondern auch der Einkommen- und Kapitalsteuern. Auf diesem Wege wird es sogar möglich sein, die als Rhein- und Ruhrpfeiler gebachten mehrfachen Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer goldmarkmäßig zu erhalten, um damit einer politischen Forderung der Linken gerecht zu werden. Der Zinsfuß der Kriegsanleihe wird auf vorläufig 1/2 % herabgesetzt. Die Forderungsanleihen werden voll verzinst. Es wird sofort ein Reichshaushalt in Goldmark aufgestellt und eine gründliche Neuordnung der Steuern vorgenommen.

6. Der noch vorhandene Goldschatz der Reichsbank von 700 Millionen Goldmark befreit uns, bis 2100 Millionen Mark Gold-

schätze auszugeben oder rund 4000 Millionen ein Zehntel Dollarmark. Dieser Umlauf genügt.

Vereinsnachrichten.

Ramen, 7. Aug. (Freiwill. Turner-Feuerwehr.) Wir weisen auch an dieser Stelle nochmals darauf hin, daß die Übung der freiwill. Turnerfeuerwehr nicht heute, sondern erst morgen stattfindet. Alles Nähere siehe Anzeiger in heutiger Nummer.

Sport.

Ramen, 2. August. 1. Mannschaft Felsen-Kurl — 1. Mannschaft Sportverein Ramen 13 0:3 (0:1) Eden 3:4. Die Gäste hatten für beide Verbindungsritter sowie L. B. Erich zur Stelle, während der Gastgeber mit zwei Ersatz. sowie Ersatztorwart spielte. Mit dem Anstoß der Blau-Weissen steht ein lebhafter Kampf auf beiden Seiten ein, bald die eine bald die andere Partei im Vorteil führend. Auf beiden Seiten lassen die Verteidigungen keinen Erfolg zu, jedoch ist eine kleine Ueberlegenheit der hiesigen nicht zu verkennen. Dem h. 1. wäre es beinahe gelungen, die Führung zu übernehmen aber um den Bruchteil einer Sekunde wurde ihm das Leder abgenommen. In der 41. Minute ist es der r. M., welcher den ersten Treffer anbringt, aber wegen abseits nicht gewertet wird. Drei Minuten später wird die dritte Ecke Felsen zum Verhängnis. Der M. St. erzielt das Leder und 0:1 werden die Seiten gewechselt. Nach Wiederanstoß gehen die Grün-Weissen direkt zur Offensive über. Vor allen Dingen die Außenkürmer geben manch schöne Pläne herein. Aber das Innenrinne kann sich nicht durchsetzen, da es zu sehr abgedeckt wird. In der 52. Minute nutzt der h. r. einen Schnitzer des Torwächters geschickt aus, indem er durch Kopfstöße das Tor auf 0:2 stellt. Das wird den Gästen zu viel und mit aller Macht versuchen sie, zahlbares zu erreichen, finden aber in des Gegners Hintermannschaft ein kaum überwindbares Bollwerk. In der 60. Minute bekommt der Gast einen Einwurfer wegen Sand zugesprochen, welcher aber verschossen wird. Im weiteren Verlauf des Spieles liegt der Gastgeber fast dauernd in Front, was die Verteidigung nicht hält wird eine sichere Brute des Goalkeepers. In der 75. Minute macht der M. St. der Einheimischen einen schönen Alleingang, behält den Ball noch kurz vor der Torlinie: dann Pfiff des Schiedsrichters; der Ball wird scharf auf's Tor gegeben, wo ihn der Torwart nur noch ins eigene Netz lenken kann. Anstatt den Ball zur Mitte zu geben entscheidet der Unparteiische großzügig Abstoß, (17) weil der Ball nach seiner Ansicht ins Aus gewesen sein soll. Eine merkwürdige Entscheidung, denn von der Stelle aus,

An die Postbezieher.

Der Postbezugspreis für den Monat August mußte bereits Ende Juni festgelegt werden, als der Dollar noch 153 000 und 1 Ladung Papier noch 74 Millionen Mark kostete. Inzwischen ist der Dollar auf 1 100 000 und 1 Ladung Papier auf ca. 550 Millionen Mark gestiegen. Die Erstkundenzahlung der Zeitungen ist ohne weiteres in Frage gestellt, wenn sie ihre Bezugspreise diesen enormen Steigerungen nicht unverzüglich anpassen. Sie müssen dem 50fachen Dollar und dem 40fachen Papierpreis seit April einen 30fachen Bezugspreis gegenüberstellen, wenn anders die Weiterlieferung der Zeitungen nicht eingestellt werden soll. Unsere Nachforderung für den Monat August beträgt 55 000 Mark, welchen Betrag wir unter Benützung anliegender Zahlungsliste bis zum 10. ds. Mts. auf unser Postfachkonto 20 321 Gln erbitten müssen. Postbezieher, die diese Nachzahlung verweigern, haben nach den neuen postalischen Bestimmungen auf Weiterlieferung der Zeitungen keinen Anspruch! Die Nachprüfung der eingegangenen Zahlungen erfolgt am Hand der Postbezugslisten am 12. ds. Mts.

Verlag der Ramener Zeitung.

wo er sich befand konnte niemals so entschieden werden. Zwei Minuten später erhält der r. M. den Ball in deutlicher Weisheit, kurt, kurzes Gedränge und der M. St. sendet ein. 0:3. Den Rest des Spieles beansprucht Felsen für sich. Die Gäste rechtfertigen ihren Ruf voll und ganz. Sportvereins-Mannschaft wies kaum einen schwachen Punkt auf. — An dieser Stelle sei auf ein aufmerksam gemacht: Mar sollte es kaum für möglich halten, daß es Leute von führenden Vereinen Ramens gibt, die es nicht unter ihrer Würde halten, ein Ungeheuer als Haun- oder sogar Straßengast zu wohnen.

Die Anzeigenpreise und Kellamepreise der Ramener Zeitung erhöhen sich vom 10. August an um 100 Prozent.



Freiwillige Turner-Feuerwehr, Ramen.

Die 2383

Gesamtübung

findet umständehalber nicht heute, sondern am morgigen Mittwoch statt. Abmarsch punkt 8 Uhr vom Gerätehaus.

Der Hauptmann.

Versteigerung in Bergtamen.

Im Auftrage des Herrn Knickrehm in Bergtamen — wegen Wegzugs — werde ich am **Mittwoch, den 8. August 1923, nachmittags 4 Uhr**, an der Wohnung des selben (Bergtamen-Schönhausen, Schillerstraße Nr. 6) folgende Gegenstände meistbietend gegen Vargahlung verkaufen:

2 zweifelh. Bettstellen mit Matr., 1 H. Bettstelle, 2 Kleiderschränke, 1 Glaschrank, 1 Speiseschrank, 1 Vertikow, 1 Kommode, 2 Tische, 1 Chaiselongue mit Plüschbezug, 1 Sofa, 6 Rohr- und 6 Brettstühle, 1 Stuhl, 1 Viehtopf (ca. 90 Liter Inhalt), 1 Waschmaschine, 1 Zimmerofen, 1 Handwagen, 1 elektr. Zugsampe und sonst. Hausratgegenstände ferner:

1 Morgen la. Weizen.

J. Ebbes, beid. Auktionator, Ramen, Bahnhofstr. 47, Fernruf 32. 2382

Ofenrohre und Kniee

zu verkaufen. 2360

Hedemann, Nordstraße 33.

Suche für mehrere anständige Leute 2378

Schlafstellen

gegen gute Vergütung.

Dolle, Weikstraße.

Damen-Haar

kauft 1045

M. Steinmann, Damen-Salon, Ramen, Bahnhofstr.

Druckarbeiten

für Industrie Handel, Gewerbe und Private als:

Adresskarten, Etiketten, Prospekte, Zirkulare, Kuverts, Mitteilungen, Rechnungen, Briefbogen, Preislisten, Wein- und Speisekarten, Einladungs-Karten, Familien-Anzeigen, Trauerbills usw.

fertigt an die

Buchdruckerei der Ramener Zeitung.

Witwen-Lande, 54 Jahre alt.

Sucht Stellung

als Haushälterin o. einem älteren Herrn zwecks späterer Heirat. Gefg. Offerten unter Nr. 2377

an die Geschäftsstelle der Ramener Zeitung. 2377

Mädchen

für kleinen Geschäftshaus bei hohem Lohn gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Ramener Btg. 2381

Stellung

als Chauffeur (Anfänger) 22 Jahre alt, ledig, Führerschein 2 und 3b, sucht für sofort oder später 2379

auf Last- oder Personenzug, führt kleinere Reparaturen selbst aus.

Näheres zu erf. in der Geschäftsstelle der Zeitung.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 142 und 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1833 (G.-S. S. 195) und der §§ 5, 6 und 7 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und des Geldstrafengesetzes vom 27. April 1923 (M.-G.-Bl. S. 254) wird mit Zustimmung des Kreisausschusses für den Umfang des Landkreises Hamm folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1.
Bis zum 31. Oktober jeden Jahres einschließlich ist das Betreten der Feldmark (Wieder, Wiesen, Halben, Gärten, Baumplantagen, Waldgrundstücke) sowie von Feldwegen jedermann verboten, und zwar:
in den Monaten Mai, Juni, Juli in der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr vormittags,
im Monat August in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr vormittags,
im Monat September in der Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr vormittags,
im Monat Oktober in der Zeit von 7 Uhr abends bis 5 Uhr vormittags.

§ 2.
Die Bestimmung unter 1 findet keine Anwendung auf:

- a) Personen, welche in Häusern wohnen, die keine unmittelbare Verbindung mit den öffentlichen Wegen haben, bezgl. der Verbindungswege ihrer Wohnungen mit den öffentlichen Wegen,
- b) Metzger, Hebammen, Krankenpfleger und Pflegerinnen, soweit das Betreten nicht öffentlicher Wege zur Ausübung des Berufs erforderlich ist,
- c) die mit Sicherheitsdienst und dem Flur- und Forstschutz beauftragten Personen während der Ausübung des Dienstes,
- d) Jäger und Fischer, zu der innerhalb der gesetzlichen Grenzen sich haltenden Ausübung der Jagd und Fischelei,
- e) Schäfer bei der Ausübung des Pferchens,
- f) solche Personen, welchen von einer Ortspolizeibehörde des Kreises das Betreten der Feldmark während der im § 1 angegebenen Zeit ausdrücklich gestattet ist. Diese Erlaubnis ist schriftlich zu erteilen. Der Inhaber muß sie bei sich führen.

§ 3.
Zu widerhandlungen gegen diese Polizei-Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 80 000 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet.

§ 4.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Hamm, den 18. Juli 1923.

Der Landrat des Landkreises Hamm: gez. Krennmer. 2374

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß die Polizeibeamten angewiesen sind, auf strenge Durchführung der Bestimmungen zu achten.

Ramen, den 30. Juli 1923.

Die Polizeiverwaltung. J. B. Siegler.

